



Akzeptanz der Massnahmen zur Krisenbewältigung in der Bevölkerung

Die Covid-19-Pandemie hat die Gesundheitssysteme, die Wirtschaft und fast alle Bereiche des täglichen Lebens in Frage gestellt. Davon ausgehend hat der Schweizerische Wissenschaftsrat SWR analysiert, wie sich die Schweiz gegen künftige Krisen unterschiedlichster Art rüsten kann. Dazu hat er das Fachwissen von Forschenden wie auch von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung eingeholt. In einem demnächst erscheinenden Bericht befasst sich der SWR mit der Vorbereitung auf Krisen, er konzentriert sich dabei die Akzeptanz.

In fast jeder grösseren Krise ist eine Verhaltensänderung der Bevölkerung erforderlich, um wirksame Massnahmen umsetzen zu können. Die Akzeptanz der Präventions- und Krisenbewältigungsmassnahmen ist eine Voraussetzung für diese Verhaltensänderung. In der Schweiz tragen die direkte Demokratie und der Föderalismus zur Akzeptanz entsprechender Massnahmen bei. In einer Krise führt die Dringlichkeit indessen dazu, dass regierungsinterne Entscheidungsprozesse gestärkt werden. In kurzen akuten Ausnahmesituationen wird dies akzeptiert. Dauert die Krise allerdings länger, nimmt die Akzeptanz ab. In einem solchen Fall müssen die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger Mittel und Wege finden, um den Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken, und dazu die Partizipation neu erschliessen, ohne die politische Handlung zu beeinträchtigen.

In Zeiten grosser Unsicherheit engagieren sich zahlreiche Forschende und stellen Entscheidungshilfen bereit. Ihr Beitrag ist unerlässlich, um die verfügbaren Daten und wissenschaftlichen Resultate zu interpretieren. Die Expertinnen und Experten müssen jedoch zunächst ihre Rolle in der Politik und in der Gesellschaft klären – sowohl für sich selbst als auch gegenüber anderen.

Der SWR identifiziert Handlungsfelder und formuliert folgende Empfehlungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft:

Erwartungen aufeinander abstimmen

Angesichts möglicherweise häufiger oder gar gleichzeitig auftretender Krisen gibt es keine einfache Lösung. Damit die Bevölkerung schwierige Massnahmen mitträgt, muss sie in der Lage sein, Risiken abzuwägen, ohne diese zu überschätzen oder deren langfristigen Auswirkungen zu unterschätzen. Zudem ist es wichtig, das Potenzial und die Grenzen von Wissenschaft und Politik richtig einzuordnen.

Gesellschaftsrelevante Informationen teilen

Die Behörden müssen sicherstellen, dass sich ihre Entscheidungen auf verschiedenartige und innert nützlicher Frist verfügbare Daten abstützen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, insbesondere der Sozialwissenschaften, müssen einen konzeptionellen Rahmen aus aussagekräftigen Indikatoren zusammenstellen. Dazu muss der Aufbau des nationalen Datenmanagements beschleunigt und eine engere Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Bundesbehörden gefördert werden. Ab Beginn einer Krise braucht es eine wissenschaftliche Begleitung der kantonalen Massnahmen.

Dialogplattformen einrichten

Um den Zusammenhalt und die Akzeptanz in der Bevölkerung sicherzustellen, gilt es vielfältige – sowohl virtuelle als auch analoge – Formate des Austauschs zu entwickeln. Dabei sollten eine respektvolle Diskussionskultur gefördert werden und auch widersprüchliche Stimmen Platz haben.

Ausländische Gemeinschaften einbinden

Die Behörden müssen sich über die Schule, Unternehmen und Fachstellen explizit an die Migrationsbevölkerung wenden. Dies bedeutet auch, ausländische Gemeinschaften anzuhören und aus ihren Erfahrungen bei der Bewältigung von Krisen zu lernen. Die Schweiz nutzt dieses Potenzial generell noch ungenügend.

Zugänglich sein und Rechenschaft ablegen

Offenheit und Transparenz bilden die Grundlagen von Leadership, auch in Zeiten hoher Belastung. Politische Entscheidungsträgerinnen und -träger müssen proaktiv über die interne Organisation des Krisenmanagements informieren. Am Ende einer Krise sollten unabhängige Evaluationen in Auftrag gegeben werden.

Fachleute mobilisieren

Die Hochschulen müssen Expertinnen und Experten identifizieren und ihnen die nötige Unterstützung bieten, wenn sie beispielsweise in einen Ausschuss berufen werden oder vor den Medien Auskunft geben sollen. Ausserdem müssen die Hochschulen die Wissenschaftskommunikation (die sich von der institutionellen Kommunikation unterscheidet) weiterentwickeln, in der Praxis wie als Disziplin.

Kommunizieren und zuhören

Die Forschenden müssen sich in guten Kommunikationspraktiken schulen und sich wirklich mit den Abläufen des politischen Systems der Schweiz vertraut machen. Die wissenschaftlichen Organisationen sollten sich an alle Bevölkerungsgruppen wenden, besonders an jene, die die wissenschaftliche Aktualität nicht eng verfolgen.

Einfluss von Social Media untersuchen

Da der Informationsfluss das Vertrauen in der Bevölkerung beeinflusst, sollte der Bund ein nationales Forschungsprogramm lancieren, das sich mit der Bedeutung der herkömmlichen und sozialen Medien für die Schweizer Demokratie befasst.

Brücken schlagen zwischen Wissenschaft und Politik

Ein besseres Grundverständnis zwischen Wissenschaft und Politik muss geschaffen werden, ohne den Ausbruch einer Krise abzuwarten. Ein regelmässiger Austausch sollte eine bessere Kenntnis der jeweiligen Persönlichkeiten, Mechanismen, Praktiken und Probleme ermöglichen.

Dokumentation

Schweizerischer Wissenschaftsrat (2022). Akzeptanz der Massnahmen zur Krisenbewältigung in der Bevölkerung. Die Lehren aus der Covid-19-Pandemie. Ergebnisse zweier Workshops und Analyse des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR. SWR Schrift 1/2022 (erscheint demnächst).

Weitere Informationen:

Website Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR:

<https://wissenschaftsrat.ch>



Jahresbericht 2021 Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR:

<https://jahresbericht.wissenschaftsrat.ch>

